



Abstimmung vom 5.6.2016

Kein Ja, aber breite Diskussionen zur Vision eines Grundeinkommens

**Abgelehnt: Volksinitiative «für ein
bedingungsloses Grundeinkommen»**

Christian Gsteiger

Empfohlene Zitierweise: Gsteiger, Christian (2019): Kein Ja, aber breite Diskussionen zur Vision eines Grundeinkommens. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Im März 2012 lanciert ein parteipolitisch neutrales Komitee die Initiative «für ein bedingungsloses Grundeinkommen». Die Initiative will, dass die Einwohnerinnen und Einwohner in der Schweiz grundsätzlich nicht mehr selbst für die Finanzierung ihres Lebensunterhalts sorgen müssen: Fortan soll der Bund für ein bedingungsloses Grundeinkommen aufkommen. Zwar lässt der Initiativtext die Höhe dieses Einkommens offen, Vertreter des Komitees schlagen aber für Erwachsene einen Richtwert von 2500 Franken und für Kinder und Jugendliche 625 Franken vor. Dadurch, so die Meinung der Initiantinnen und Initianten, würde es den Leuten in der Schweiz ermöglicht, ihr Leben freier zu gestalten und sich etwa auch stärker für die Gesellschaft zu engagieren. Zudem soll dadurch die Abhängigkeit zwischen der Existenzsicherung und der Erwerbsarbeit abgeschwächt werden.

Sowohl der Bundesrat als auch der National- und Ständerat lehnen die Initiative ab. Sie argumentieren, die Schweizer Wirtschaft und das System der sozialen Sicherheit würden bei einer Annahme der Initiative einschneidend geschwächt, da so für die Schweizer Bevölkerung ein Anreiz geschaffen würde, keiner Erwerbstätigkeit mehr nachzugehen. Ausserdem bleibe die Frage nach der Finanzierung des Grundeinkommens offen: Der Bundesrat schätzt die Gesamtkosten auf über 200 Milliarden Franken pro Jahr, von denen nur ein Teil aus bestehenden Erwerbseinkommen und Sozialleistungen umgeschichtet werden könnte. Es wären deshalb hohe Einsparungen oder Steuererhöhungen nötig. Von rechter Seite wird auch ein Anstieg der Migration thematisiert, da ein bedingungsloses Grundeinkommen zahlreiche Menschen dazu animieren könnte, in die Schweiz einzuwandern.

Viel Sympathie und auch einige Ja-Stimmen gibt es aus den Fraktionen der Grünen und der SP. Sie sehen in der Initiative einen Lösungsansatz für den mit der digitalen Revolution verbundenen drohenden Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie für Mängel im derzeitigen System der sozialen Sicherheit. Zudem sei die Initiative eine Chance, die durch den Kapitalismus verursachten ökonomischen Ungleichheiten und Existenzängste zu bekämpfen.

GEGENSTAND

Die Initiative sieht vor, dass der Bund für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens sorgt, welches der Schweizer Bevölkerung ein «menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben» ermöglicht. Die Initiative überlässt es dem Gesetzgeber, die Höhe und die Art der Finanzierung des Grundeinkommens zu regeln.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Fast alle Parteien fassen die Nein-Parole zur Initiative. Ein Ja gibt es von den Grünen, und die PdA beschliesst Stimmfreigabe.

Trotz der absehbaren Chancenlosigkeit des weithin als utopisch wahrgenommenen Anliegens erzielen die Initianten schon bei der Einreichung ihrer Initiative hohe Aufmerksamkeit in den Medien, indem sie auf dem

Bundesplatz einen Haufen aus insgesamt acht Millionen Fünfrappenstücken aufschichten. Bei der Eröffnung ihrer Kampagne erregen sie erneut grosses mediales Echo, als sie insgesamt 1000 Zehnfrankenscheine an vorbeigehende Pendler im Zürcher Hauptbahnhof verteilen. Doch auch die inhaltlichen Auswirkungen einer möglichen Annahme der Initiative in wirtschaftlicher, ethischer und gesellschaftlicher Hinsicht werden in der Folge in den Medien breit diskutiert. Nicht zuletzt ist es denn auch ein Anliegen der Initianten, dass die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens in einer breit geführten öffentlichen Diskussion aufgegriffen wird, wohlwissend, dass eine Umsetzung der Initiative vorderhand nicht mehrheitsfähig ist.

ERGEBNIS

Bei einer Stimmbeteiligung von 46,4% wird die Initiative mit 76,9% Neinstimmen abgelehnt. In allen Kantonen resultieren Nein-Mehrheiten, am deutlichsten in Appenzell Innerrhoden und der Zentralschweiz. Überdurchschnittliche Ja-Anteile kommen aus den Städten und der Westschweiz. Der landesweite Ja-Anteil von 23,1% wird in vielen Medien angesichts des revolutionären Anliegens als Achtungserfolg gewertet.

Wie die Nachbefragung zur Abstimmung zeigt, unterscheiden sich Befürwortende und Ablehnende deutlich entlang der Links-Rechts-Achse. Während die Anhänger der Grünen mit 56% Ja sagten, kam die Initiative bei den Wählerinnen der SP auf 39% Unterstützung, bei bürgerlichen Wählern auf deutlich weniger. Als wichtigste Motive für die Ablehnung wurden die offenen Fragen zur Finanzierbarkeit sowie die Zerstörung von Arbeitsanreizen genannt.

QUELLEN

Caroni, Flavia (2018). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Volksinitiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“, 2012–2016*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 5.12.2018.

Colombo, Céline, Thomas De Rocchi, Thomas Kurer und Thomas Widmer (2016). *VOX 121 Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 5. Juni 2016*. Bern, Zürich: gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich.

Pressebeiträge: Aargauer Zeitung vom 6.6.2016. Blick vom 15.3.2016. Neue Zürcher Zeitung vom 15.3.2016 und vom 6.6.2016. Tages-Anzeiger vom 18.3.2016 und vom 6.6.2016.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 5.6.2016 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 14.058).

Bundesblatt: BBl 2015 6551.